



Verletzung der Religionsfreiheit inakzeptabel

Konferenz in München endet mit Appell an Politik und Religionsgemeinschaften / Sperrfrist: 6.11.2012 16.30h

(ddp direct) München. Politische und kirchliche Vertreter aus Asien, Afrika und Europa haben auf einer internationalen Konferenz in München das Menschenrecht Religionsfreiheit diskutiert. Die zweitägige gemeinsame Konferenz von Hanns-Seidel-Stiftung und SantEgidio zur weltweiten Lage der religiösen Minderheiten endete mit dem Appell, die Debatte zum Thema Religionsfreiheit entschieden fortzuführen.

In jedem vierten Staat weltweit werden Gläubige in ihrer Religionsfreiheit behindert oder sind sogar mit dem Tod bedroht. 80 Prozent der weltweit religiös Verfolgten sind Christen. Der UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit, Heiner Bielefeldt, informierte über die Lage religiöser Minderheiten in den verschiedenen Weltteilen, der italienische Minister und Gründer von SantEgidio, Andrea Riccardi, referierte im Konferenzzentrum München über Glaubenszeugnis und Christenverfolgung im 21. Jahrhundert. Die Veranstalter der internationalen Konferenz waren sich einig, das Menschenrecht Religionsfreiheit in der aktuellen religiösen und politischen Diskussion zu verankern und hierfür folgende Erklärung abzugeben:

Wortlaut des Kommuniké der internationalen Konferenz Menschenrecht Religionsfreiheit von Hanns-Seidel-Stiftung und der Gemeinschaft SantEgidio am 5./6. November 2012: Die Verfolgung und Diskriminierung von Christen und anderen religiösen Minderheiten nehmen beständig zu. Täglich erleben wir unerhörte Gewalt, die für das Gewissen unerträglich ist. In mindestens 50 Staaten der Erde werden Menschen täglich aufgrund ihres Glaubens verfolgt, mit dem Tod bedroht und teilweise sogar umgebracht. Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert Religionsfreiheit zwar als Menschenrecht. Insbesondere für die Angehörigen religiöser Minderheiten sieht die Realität weltweit jedoch oft anders aus. Solche Verletzungen des Menschenrechts Religionsfreiheit sind inakzeptabel. Sie zerstören alle Grundlagen des Zusammenlebens und fordern ein entschlossenes Handeln. Interreligiöser Dialog und das deutliche Eintreten für Religionsfreiheit als universales und unveräußerliches Recht sind zwei Grundpfeiler für den weltweiten Aufbau des friedlichen Zusammenlebens von Anhängern unterschiedlicher Religionen. Die Hanns-Seidel-Stiftung und die Gemeinschaft SantEgidio wenden sich mit einem Appell an die Regierungen, die Abgeordneten, die Kirchen und religiösen Gemeinschaften sowie die Nichtregierungsorganisationen Europas, damit das Thema der Religionsfreiheit auf die Tagesordnung der politischen und zivilen Debatten in Europa gesetzt wird.

In einer Podiumsdiskussion sahen die Vertreter von Politik und Kirchen, darunter Bambergs Erzbischof Ludwig Schick, eine Notwendigkeit, auch heute das Thema Religionsfreiheit als Herausforderung anzunehmen und in die Debatten einzubringen.

Shortlink zu dieser Pressemitteilung:

<http://shortpr.com/7nqn4c>

Permanentlink zu dieser Pressemitteilung:

<http://www.themenportal.de/politik/verletzung-der-religionsfreiheit-inakzeptabel-51021>

Pressekontakt

Hanns-Seidel-Stiftung

Herr Hubertus Klingsbögl
Lazarettstr. 33
80636 München

presse@hss.de

Firmenkontakt

Hanns-Seidel-Stiftung

Herr Hubertus Klingsbögl
Lazarettstr. 33
80636 München

hss.de
presse@hss.de

Die 1967 gegründete CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung ist eine politische Stiftung, die im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung politische Bildungsarbeit im In- und Ausland auf Grundlage christlicher Weltanschauung leistet. Sie ist benannt nach dem früheren Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Hanns Seidel. Mit ihren Fachabteilungen ist sie in den Bereichen Politikberatung, Politische Bildung, Begabtenförderung und in der Entwicklungszusammenarbeit mit ca. 90 Projekten in rund 60 Ländern weltweit tätig. Mehr Informationen zur Arbeit der Stiftung im Internet unter www.hss.de